



Bundesministerium  
des Innern



Freiheit  
Einheit  
Demokratie

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

**Der Parlamentarische Staatssekretär**

An das  
Mitglied des  
Deutschen Bundestages  
Frau Halina Wawzyniak  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 9. Februar 2010

BETREFF **Ihre Fragen 2/45 und 46 für die Fragestunde  
des Deutschen Bundestages am 09.02.2010 (BT-Drucksache )**

Sehr geehrte Frau Kollegin!

Auf die von Ihnen gestellten Fragen übersende ich die beigefügten Antworten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ole Schröder

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Bellevue; U-Bahnhof Turmstraße

Bushaltestelle Kleiner Tiergarten

**Fragestunde im Deutschen Bundestag am 9. Februar 2010**  
**Frage 45 der Abgeordneten Halina Wawzyniak**

---

Frage:

Wie gedenkt die Bundesregierung im Falle des Inkrafttretens des Zugangerschwerungsgesetzes die im Koalitionsvertrag beabsichtigte Aussetzung des Gesetzes für ein Jahr ohne zeitliche Verzögerung sicherzustellen?

Antwort:

Die Überlegungen hierzu sind innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen.

**Fragestunde im Deutschen Bundestag am 9. Februar 2010**

**Frage 46 der Abgeordneten Halina Wawzyniak**

---

Frage:

Wie viele Versuche hat das Bundeskriminalamt im Jahr 2009 auf eigene Initiative hin unternommen, im Ausland gehostete Websites mit rechtsextremistischen und volksverhetzenden Inhalt löschen zu lassen, wie viele auf Initiative der Staatsanwaltschaften?

Antwort:

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im Jahr 2009 keinen Versuch unternommen, im Ausland gehostete Websites mit rechtsextremistischen und volksverhetzenden Inhalten löschen zu lassen.

Das BKA wird insbesondere auf Ersuchen der Länder im Zusammenhang mit Ermittlungs- bzw. Strafverfahren sowie in Wahrnehmung landesrechtlicher Gefahrenabwehrbefugnissen tätig. Im vergangenen Jahr ist kein entsprechendes Unterstützungersuchen an das BKA herangetragen worden.